



Kommentar

Wem nützt die Prohibition?

Wer hat den Weltnichtrauchertag erfunden? Wer macht seit dem 1. September auf Bahnhöfen Werbung dafür, mit dem Rauchen aufzuhören? Wer bezahlt der Weltgesundheitsorganisation und dem DKFZ ihren Kreuzzug gegen den Tabak?

Klare Sache: Die Pharma-Multis. Je mehr Raucher sich zum Aufhören gezwungen fühlen, desto mehr Umsatz durch Nikotinpflaster, Nikotinkaugummis, Nikotinhaltoren und Nikotinnasenspray. Und sind die Raucher nicht von sich aus willig und bevorzugen stattdessen Tabak, dann macht man eben Lobby für Raucherdiskriminierung. Für die steinreiche Arzneimittellobby kein Problem: Abermillionen in Studien investieren, die den ‚Passivrauch‘ verdammen, Antirauchorganisationen finanzieren, die WHO kaufen und Kongresse der ‚Tabakkontrolle‘ sponsern. Die sind die wirkliche Nikotinmafia. Und Psychopharmaka gehen dann auch häufiger über die Ladentheke, sei es zur Raucherentwöhnung oder einfach, um ein genussärmeres Leben irgendwie zu kompensieren.

Dieser Profitwahn kennt keine Grenzen - vorausgesetzt, niemand fragt nach Freiheit, Toleranz und wissenschaftlicher Korrektheit im Umgang mit dem Rauchen.

Wenn Sie also das nächste Mal einen Raucherfeind hören, wie er wieder von den Gefahren des ‚Passivrauchens‘ fabuliert, dann wissen Sie: Milliarden stehen hinter ihm. Die Milliarden der Pharma-Konzerne.

Und nicht zuletzt gilt für Prohibition: Den Hauptgewinn zieht immer die organisierte Kriminalität. Wie die Mafia unter Al Capone in den USA erst durch das landesweite Alkoholverbot reich und mächtig wurde, so blüht der Zigaretten schmuggel durch Tabaksteuererhöhung auf. Nicht nur Anti-Raucher träumen vom Tabak-Totalverbot. (chl)



Inhalt:

Risiko Passivrauchen überschätzt Seite 2

Diskos sind keine Giftküchen Seite 3

Shisha: Wasserpfeife ist Jugendkult Seite 3

Dicke als nächstes im Visier Seite 4

Helmut Schmidt raucht seit 70 Jahren und will im zarten Alter von 88 Jahren nicht aufhören.



Rauchverbot: Ob das vernünftig ist?

Altkanzler Helmut Schmidt gibt sich gelassen: Prohibition kommt und geht

Kein Zweifel. Dem hohen Lied der vermeintlich immerwährenden Gesundheit durch Nichtrauchen ist in diesen Zeiten eine bemerkenswerte Vieltimmigkeit beschieden. Nicht nur die üblichen Verdächtigen mit weißem Kittel stilisieren jeden Raucher in einem Lungenzug zum Selbstzerstörer und Körperverletzer hoch, auch die Medienvertreter, Schauspieler und Politiker stimmen vollkehlig und bis an die Grenze zur Heuchelei mit ein. Nur einer nicht: Altkanzler Helmut Schmidt.

„Helmut Schmidt wirkt wie ein Rauchzeichen aus einer vergessenen Welt ... und ist doch alt und weise geworden.“ So formuliert es Hellmuth Karasek, der nicht als einziger der publizistischen Zunft trotz der scheinbar allumfassenden Ikonisierung des Nichtrauchens

einem der letzten Aufrechten seinen Respekt zollt. Auch Berufszyniker und Ex-Nichtraucher Harald Schmidt schwimmt in diesem Fahrwasser, wenn er vorschlägt: „Die Bundeskanzlerin sollte ihre Ministerpräsidenten mit einem Raucherschutzprogramm überraschen. Mit Helmut Schmidt als Kommissionspräsident.“

Die Herren haben Gründe für solche Worte. Helmut Schmidt, 88 Jahre alt und nach eigenen Angaben „seit etwas mehr als 70 Jahren Raucher“, fungiert mithin als fortwährende Provokation für die Verfechter aller Anti-Nikotin-Kampagnen.“ Trotz seines Alters und seines Lasters präsent wie in weitaus jüngeren Jahren, immer noch brilliant formulierend und mit messerscharfem Intellekt allen Halb- und Unwissenden die Leviten lesend, wirkt der letz-

te echte Veteran der deutschen Nachkriegspolitik wie der personalisierte Beweis dafür, dass es auch ohne Nichtrauchen geht. Öffentliche Anerkennung, ja sogar Verehrung begleiten ihn auf Schritt und Tritt. Nicht weil er raucht, sondern weil er sich so gibt, wie er ist.

Er rauche aus Spaß und auch ein bisschen „aus Protest“ hat Helmut Schmidt einmal zugegeben. Wobei die Betonung auf dem Bisschen liegt, denn als missionarischer Kämpfer für den blauen Dunst will sich der Altkanzler keineswegs aufschwingen. Er will halt einfach einer sein, der außer vielen Tugenden auch ein Laster hat, der sich als ausgeprägter Vernunftmensch die Freiheit nimmt, der Unvernunft zu frönen, die irgendwie schon immer eine Schwester des Genusses war. Eine solche Haltung bringt bis-

weilen ihre eigenen Tugenden hervor. Schmidt sei in der Lage, „sehr komplizierte Zusammenhänge auf das Maß einer Zigarettenlänge zu verkürzen“, schwärmt ZEIT-Chefredakteur Giovanni di Lorenzo über seinen Herausgeber, der diese Kunst immer noch und immer wieder auch im Fernsehen vorführt. Neulich bei Beckmann zum Beispiel. Da saß und sprach und rauchte er. In zwanzig Minuten fünf Zigaretten, wie hernach mit einer Mischung aus Verblüffung und Verwunderung der Besucher eines Internetforums anmerkte.

Darf der das? Er tut es. Sogar im amerikanischen Fernsehen, wo die Gepflogenheiten in dieser Hinsicht sogar noch ein Stück moralaposteliger sind als hierzulande. Aber auch in Deutschland stehen die Zeichen auf Sturm – denn so Lorenzo:

Es gebe eine kleine aber meinungsstarke Anti-Raucher-Gruppe, die ziemlich militant auftritt und sich vehement dagegen wendet, dass ein Ex-Bundeskanzler öffentlich raucht. Das habe etwas unheimliches, so der Zeit-Chef. Schmidt zu Rauchverboten: Die Frage ist, ob das vernünftig ist.

Hingegen wollen viele Politiker nun ausgerechnet das Rauchen in der Gastronomie pauschal verbieten, wo mit einer unbestritten wichtigen soziale Verkehrsform des einfachen Mannes beschnitten wird. Damit wird der Protest des Helmut Schmidt zum Leuchtfeuer für den unterdrückten Untertanen – ob er es will oder nicht. Für sich persönlich jedenfalls hat Helmut Schmidt diese Frage längst beantwortet. Ans Aufhören denkt der große alte Mann mit Zigarette weniger denn je.

Politiker völlig abgehoben

Verbotspolitik erzeugt Wählerfrust und Denunziationsklima

Ein Rausch des Verbieters hat die Republik erfasst. Politik, Medien und Mehrheitsgesellschaft haben es sich zum Ziel gesetzt, unser Leben ungemütlicher zu machen. Alkohol und Tabak, Hunde & schnelle Autos, Flugreisen und Computerspiele, Fernsehen und Fast Food – alles was ein bisschen Spaß, Abwechslung oder Fluchten aus dem Alltag organisiert, soll eingeschränkt, verteuert oder gar verboten werden. Begründung: Ökowahn, Gesundheitswahn oder einfach arrogant wie Ministerin Gitta Trauernicht aus Schleswig-Holstein sagt: „70% der Bevölkerung rauchen nicht, also hat Nichtrauchen der Normalfall zu sein.“ Die 30% Raucher haben sich anzupassen, gefragt wurden sie nicht.



So mancher ballt die Faust in der Tasche... Und sollten alle Raucher süchtig sein – so zeigt die Art, wie mit ihnen umgegangen wird, eine bedenkliche Wende in der pädagogischen Moral: Statt Beratung Strafen, statt Integration Ausgrenzung. So wächst nicht nur bei „Alt-68ern“ der Wählerfrust. Volkes Wunsch ist: „Die selbstgefälligen, abgesicherten und

abgeschlafenen Politiker sollten sechs Wochen im Jahr in Fabriken verpflichtet werden, damit sie die Bodenhaftung behalten. Sie würden merken, wie es im Volke kocht.“

Je mehr Verbote, desto besser für Denunzianten. So kann jeder seine Machtgelüste und sadistischen Neigungen an Rauchern auslassen, wenn diese ihre Lustsucht an falscher Stelle treiben. Blockwartmentalität bekommt durch dicke Strafen und Bußgelder Rückenwind. Schon bietet die militante Anti-Raucher Organisation „pro Rauchfrei“ im Internet Vordrucke für die Denunziation an. Lichtblick: Der Widerstand der Wirte und der FDP. Es bleibt zu hoffen, dass die bis zu den Wahlen am Thema bleiben.



In Karlsruhe (Baden-Württemberg) gingen die Wirte auf die Straße und demonstrierten lautstark gegen das Verbot.

Wirte wollen frei bleiben

Jetzt, da in einigen Bundesländern Gesetze verabschiedet wurden, haben viele Wirte und rauchende Gäste begriffen, dass es ernst werden soll. Der Widerstand gegen die Rauchverbote wächst bundesweit: „Wir werden auch nach einem Beschluss des Gesetzes nicht aufhören, dagegen zu kämpfen“

erklärte Peter Meincke vom DEHOGA in Kiel. In Schleswig-Holstein erhielt der Ministerpräsident schon über 28000 Protestpostkarten. In Hamburg startete ein Volksbegehren. Der Bundesverband DEHOGA will Verfassungsklage einreichen. Überall entstehen zurzeit neue Initiativen (siehe letzte Seite).

Risiko Passivrauchen ist gering

Wissenschaftler: Schädlichkeit ist nicht bewiesen - Verbote verfassungsrechtlich fragwürdig

Niemand hat bislang empirisch belegen können, dass ein Nichtraucher an Umgebungsrauch gestorben wäre. „Fast alle Aussagen zur angeblichen Gefahr des Passivrauchens stützen sich auf spekulative Zahlenspielerien, die irgendwelche statistischen Daten in einen fragwürdigen Zusammenhang bringen“, sagte Prof. Günter Ropohl. Die Ergebnisse, die auf diese Weise errechnet werden, seien nach den seriösen Standards der statistischen Medizin, der Epidemiologie, in keiner Weise aussagekräftig.

Sogar die Weltgesundheitsorganisation räume über eine Untersuchung aus 1998 ein, dass „ein erhöhtes Risiko statistisch nicht signifikant“ sei. „Im Widerspruch zu diesem Befund behaupten die WHO und das Deutsche Krebsforschungszentrum (DKFZ) in Heidelberg das Gegenteil und betreiben Polemik gegen die angeblichen Gefahren des Umgebungsrauchs“, so der Wissenschaftler. Auch das „WHO-Kollaborationszentrum“ beim DKFZ verbreite pseudowissenschaftliche Behauptungen, die gegen wissenschaftliche Standards verstoßen (Pötschke-Langer, Hg., Passivrauchen, Heidelberg 2005).

Ropohl: „Die Tabakgegner versuchen, ihnen widersprechende Untersuchungen mit der Behauptung in Verruf zu bringen, diese würden von der Tabakindustrie bezahlt.“ In der Wissenschaft aber hätten allein die veröffentlichten Ergebnisse Gewicht, weder die Finanzierungsquellen noch die persönlichen Motive der Forscher. Wer das bestreite, stelle die Wissenschaft unter Generalverdacht, auch die Untersuchungen, auf die er sich selber beruft. Die Raucher aber unterstützen das Gemeinwesen mit jährlich 14 Milliarden Euro Tabaksteuer und tragen damit 3,3% des Bundeshaushaltes!

„Die Behauptung, Passivrauchen gefährde die Gesundheit



der Nichtraucher, ist eine grobe Irreführung. Es ist abenteuerlich, mit pseudowissenschaftlichen Erfindungen gesetzliche Rauchverbote begründen zu wollen“, sagte Ropohl. Es sei höchste Zeit, dass ein Forschergremium Klarheit schaffe.

Ähnlich äußert sich Prof. Gerhard Scherer, Toxikologe und Pharmakologe an der Ludwig-Maximilian-Universität Mün-

chen: „Die Toxikologie und Epidemiologie liefern keine stichhaltigen Hinweise, aus denen ein Gesundheitsrisiko für passivrauch-exponierte Gäste in Gastronomiebetrieben abgeleitet werden kann. Insbesondere wegen der geringen Langzeit-Expositionsdosis aus dieser Quelle ist ein erhöhtes Risiko für die mit dem Passivrauchen hauptsächlich in Zusammenhang gebracht-

Erkrankungen (Lungenkrebs, Herz-Kreislauf-Erkrankungen) nicht zu erwarten.“

Dem stimmt der britische Mediziner Ken Denson zu: Die krankmachenden Einflüsse des Passivrauchens sind eher Intuition als wissenschaftliche Tatsache... Insgesamt betrachtet ist der medizinische Beweis für schädliche Auswirkungen dürftig, und es ist unwahrscheinlich,

dass er einer gerichtlichen Untersuchung standhalten würde. Juristische Bedenken äußert der Verfassungsrechtler und ehemaliger Verteidigungsminister Rupert Scholz: Das Rauchverbot steht auf wackeligen Füßen. Es werde in die verfassungsmäßigen Rechte von Kleinstgastromomen eingegriffen. Vor allem das Eigentumsrecht und das Recht auf Berufsausübung werde verletzt.“

Übrigens: Hormesis (griech.: „Anregung, Anstoß“) heißt der schon von Paracelsus formulierte Effekt, dass geringe Dosen schädlicher oder giftiger Substanzen eine positive Wirkung auf den Organismus haben können. Hormetische Effekte werden in der Regel dadurch erklärt, dass niedrige Dosen von schädlichen Substanzen die körpereigenen Abwehrkräfte stärken - Prinzip Abhärtung.

Zur Person

Professor Dr. Günter Ropohl (68) ist Emeritus der Technikphilosophie an der Goethe-Universität Frankfurt. Seit 1978 ist er Professor für Philosophie und Soziologie der Technik. Von 1979 bis 1981 leitete er das Studium Generale an der Universität Karlsruhe.



Prof. Dr. Gerhard Scherer ist Toxikologe und Pharmakologe an der Uni München. Prof. Dr. Rupert Scholz (70, Foto rechts) ist Verfassungsrechtler und ehemaliger Verteidigungsminister. Er äußert Bedenken.



WHO und DKFZ ohne wissenschaftliche Standards

Befürworter eines Rauchverbots stützen ihre Forderung auf die angeblich hohe gesundheitliche Gefährdung durch Umgebungsrauch. Diese Annahme basiert maßgeblich auf einer Publikation des „WHO-Kollaborationszentrum“ für Tabakkontrolle beim Deutschen Krebsforschungszentrum (DKFZ) in Heidelberg aus dem Jahre 2005. Dieser Text verbreitet die Behauptung, dass jährlich 3301 Menschen an den Folgen des Einatmens von Umgebungsrauch ums Leben kämen.

Bei dem Band „Passivrauchen – ein unterschätztes Gesundheitsrisiko“ handelt es sich um keine Studie. Hauptsächlich werden Forderungen formuliert, dann Forschungsergebnisse zitiert, die dem Tabakkontrollzentrum ins Konzept passen. Eigene Berechnungen werden kaum angestellt.

Hierbei werden nur solche Quellen verwendet, die zu dem gewünschten Ergebnis führen, relevante andere Studien jedoch außer Acht gelassen. Dabei stellt die WHO selber fest: Schädlich-

keit von Passivrauchen ist statistisch nicht signifikant. Sogar eine US-amerikanische Studie, deren einschlägige Ergebnisse bundesgerichtlich wegen wissenschaftlichen Unfugs für nichtig erklärt wurde, wird als Beleg angeführt.

Ohne dieses Vorwissen bleibt die Studie zweifelhaft: So sind zwei Drittel der angeblichen 3301 deutschen Opfer über 75 Jahre und älter, wenn sie dem Umgebungsrauch erliegen. Außerdem ist man nicht in der Lage, die Zahl der sog. „Passivraucher“

annähernd konkret anzugeben: Mal ist von mindestens 20 Millionen erwachsenen Deutschen, dann von mindestens 35 Millionen die Rede. Wer nicht mal auf 15 Millionen Personen genau angeben kann, wie viele Betroffene es überhaupt gibt, dem kann man wohl kaum abnehmen, dass davon exakt 3301 pro Jahr sterben.

Ferner haben Verlautbarungen der Tabakkontrolle wirtschaftliche Interessen im Hintergrund. Man ist auf vielfältige Weise mit Pharmakonzernen wie Pfizer und

GlaxoSmithKline verstrickt, die Unsummen mit Herstellung und Vertrieb von Raucherentwöhnungsmitteln verdienen. Rauchverbote und ein Klima der Ausgrenzung gegenüber Raucherinnen und Rauchern liegen im Geschäftsinteresse dieser Konzerne.

Wie eng die Pharmakonzerne und das DKFZ in Heidelberg verzahnt sind, macht das Beispiel von Pfizers neuem Raucherentwöhnungsmittel „Champix“ deutlich: Kurz vor Markteinführung von „Champix“ gibt das DKFZ eine

Meldung heraus, in der sie die Erstattung solcher Mittel durch die Krankenkassen fordert. GlaxoSmithKline stoppte den Vertrieb seiner Raucherentwöhnungspille „Zyban“ trotz offensichtlicher Gefährdung der Patienten nicht und nahm billigend zweistellige Zahlen an Todesfällen in Kauf. Beim lukrativen Geschäft mit dem Nichtrauchen ist ein zweifelhafter Markt entstanden, in dem mit Lügen und Manipulation gearbeitet wird, wie im Reich der Tabakkonzerne selbst. (cl)

Standpunkt Grüne reaktionär

Es war einmal eine junge, freche und aufgeschlossene Partei mit einer fortschrittlichen, akzeptierenden Drogenpolitik. Leitsätze: Nicht ausgrenzen, nicht kriminalisieren, sondern beraten. Kontrollierter Konsum als mögliche Alternative zur Abstinenz. Dieses Unterscheidungsmerkmal haben die Grünen in den letzten Jahren in der Schublade versteckt.

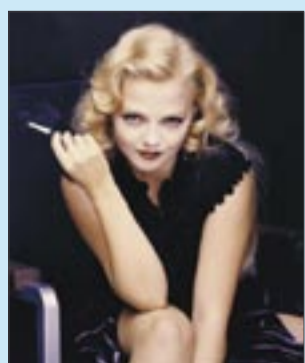
Beim Thema Rauchen ist die Katze aus dem Sack: Allerorten profilieren sich Bündnisgrüne als Verfechter einer Verbotspolitik, die jedem Altgrünen kalte Schauer über den Rücken jagen muss. Passivrauch sei schädlich – und das rechtfertige alles. Bürgerrechte? Minderheitenschutz? Kein Thema. Selbstbestimmung, emanzipatorischer Ansatz? Kein Thema. Freiheit – was ist das? Bärbel Höhn, stellvertretende Fraktionsvorsitzende und Hardlinerin der Grünen („Im Fernsehen sollte gar nicht mehr geraucht werden“), huldigt ihrem Gesundheitswahn, und dazu ist ihr jedes Mittel recht. Repressionskultur statt Basisdemokratie!

Es sollte klar sein, dass die edelsten Ziele – sei es bei der Umwelt oder bei der Gesundheit – ad absurdum geführt werden, wenn man die falschen Mittel zu ihrer Verwirklichung wählt, z.B. Ökofaschismus. Der Weg sollte ein demokratischer, emanzipatorischer sein. Die Grünen sind auf Abwege gekommen – ähnlich wie beim Rauchen in der Ernährungspolitik – und sollten sich besinnen, dass hehre Ziele nicht mit reaktionären Instrumenten angestrebt werden können.

Wer die Dämonisierung des Kiffens bekämpft hat, sollte nicht beim Tabak auf einmal Hass predigen! (ch)



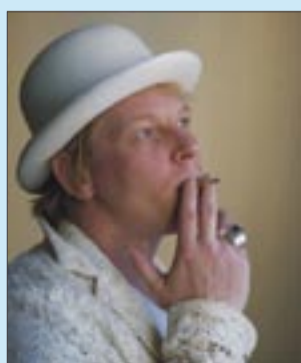
Conny Littmann, Theaterchef und Pauli-Präsident: „Wo ist das Ende dieser Regulierungswut? In England darf in offenen Fußballstadien nicht mehr geraucht werden: Absurd.“



Annett Louisan, Sängerin: „Ich fühle mich in meiner persönlichen Freiheit beschnitten. Die Ausgrenzung von Rauchern trägt militante Züge. Ich rauche gerne, genieße den Tabak und kann mich dabei immer gut entspannen.“



Arnold Schwarzenegger: Ließ hinter seinem Gouvernerspalast in Kalifornien ein Zelt als Raucherloge aufbauen: „Bei einer guten Zigarre kommen mir oft gute Ideen.“



Ben Becker, Schauspieler und Musiker, beginnt den Tag mit einer Zigarette: „Ich rauche gerne, genieße den Tabak und kann mich dabei immer gut entspannen.“



Rolf Hochhuth, Dramatiker: „Man wird Raucher nie ermorden, aber sie sind in zivilen Zeiten ganz brauchbar als eine gar nicht so kleine Gruppe von Sündenböcken.“



Jan Fedder, Schauspieler: „Früher gehörte die Zigarette einfach dazu, heute werden Raucher ausgegrenzt. Ich bin gegen Verbote und lassen mir die Kippe nicht verbieten.“

Diskos sind keine Giftküchen: Medien manipulieren mit Studien

Das ZDF hat kürzlich im Rahmen der Talkrunde „BerlinMitte“ (jetzt Maybritt Illner) in einer Grafik die Feinstaubbelastung in Diskotheken als erheblich bezeichnet. Moderatorin Illner und Bundesminister Horst Seehofer, Mitglied dieser Runde, beriefen sich auf die Studie „Gesundheitliche Bedeutung der Tabakrauchbelastung in öffentlich zugänglichen Einrichtungen“ die unter der Federführung des Bayerischen Landesamtes für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (LGL) erstellt wurde. Im ZDF wurde eine

Grafik gezeigt, in der der Innenwert von Diskos mit 1000 µg/m³ im Mittel und 4806 maximal angegeben wurde. Als Vergleich wurden EU-Außengrenzwerte von 50 µg/m³ gezeigt. Durch diesen unzulässigen Vergleich entstand der Eindruck, dass Diskos Giftküchen seien.

Dem Dehoga Kiel liegt eine Analyse des Netzwerk Rauchen vor, die die Messwerte in Relation zu den offiziellen Richtwerten für Gefahrstoffe an Arbeitsplätzen gesetzt hat. Peter Meincke, Vorsitzender des

DEHOGA Kreisverbands Kiel, erklärt hierzu: „Das ZDF vergleicht Äpfel mit Birnen. Es werden Innen- und Außenwerte miteinander vermischt - das ist grob irreführend.“

Der seit 2005 gültige, sehr niedrige EU-Außengrenzwert für Feinstaub (PM10) habe mit den geltenden Richtwerten für Arbeitsplätze nichts zu tun. Es sei in diesem Zusammenhang völlig irrelevant und diene nur der Panikmache. Die vom ZDF genannte durchschnittliche Feinstaubmenge von 1000µg/m³ in den

Diskotheken liegt bei nur zehn Prozent des erlaubten Schichtmittelwertes von 10000 µg/m³. Alle Werte sind weit unterhalb der Gefährdungsschwelle. „Auch wenn man sich täglich längere Zeit in randvollen Discos aufhält, ist von daher praktisch nichts zu befürchten“, so Meincke.

Die vom ZDF genannte maximale Feinstaubbelastung in Diskotheken liegt bei weniger als der Hälfte des erlaubten Schichtmittelwertes und bei weniger als einem Viertel des erlaubten Spitzenwertes.



Übrigens: Die Feinstaubbelastung in Kirchen mit Kerzen und Weihrauch kann einer Studie zufolge zwischen 600 und 1.000 µg/m³ Luft betragen, dem Durchschnittswert der Diskotheken.

Shisha ist Kult

Jugendliche betroffen: Verbot ist völlig unverständlich - Ritual für maßvollen Konsum



Entspannung pur: Gemütlich an der Wasserpfeife ziehen immer mehr junge Menschen. Viele Gastronomen haben Lounges eingerichtet, um der Jugend ein stilvolles Ambiente zu bieten.

Die jungen Erwachsenen sind entsetzt: „Wir sollen auf unsere Shisha-Pfeife verzichten? Kommt nicht in Frage“, sagen die drei unisono. Die von der Politik angestrebten Rauchverbote sind für die Anhänger des Shisha-Kults unverständlich und hart.

„Wenn wir die Pfeife kreisen lassen, geschieht das in entspannter Atmosphäre“, sagt Lehramtskandidat Karsten Möller. Birgit Meyer stimmt ihm zu: „Wir sitzen, plaudern und genießen maßvoll“, sagt die 21-jährige Studentin, die seit zwei Jahren den süßlichen Rauch ab und an schmaucht. In der Regel ein Mal in der Woche treffen sich die Drei in ihrer Stammkneipe und legen den fruchtigen Tabak auf die Kohle.

Eine Shisha ist eine Wasserpfeife arabischen Ursprungs, die

meist mit Tabak mit Fruchtaromen oder ähnlichen Geschmacksrichtungen geraucht wird. Das Prinzip der Shisha stammt aus Indien - mit einem in eine Kokosnuss gesteckten Bambusstock. Ab dem 16. Jahrhundert gelangte die Shisha zu den Osmanen. Sie wurde schnell in vielen arabischen Ländern ein fester Bestandteil der Kultur; das gemeinsame Rauchen wurde und wird bis heute als Symbol der Gastfreundlichkeit angesehen.

Traditionell wird das Shisha-Rauchen bei festlichen Anlässen zelebriert. Um das Vergnügen zu steigern, werden während des Qualms Speisen und Getränke eingenommen. In den orientalischen Ländern wird dazu oft Tee getrunken, um den Geschmack im Mund etwas zu neutralisieren. Zunehmend etabliert sich das

Shisha-Rauchen in der deutschen Jugendkultur:

Seit dem Jahr 2001 herrscht in Deutschland ein „Shisha-Boom“. In vielen größeren Städten eröffnen so genannte Shisha-Bars oder Cafés, die neben Getränken und Snacks auch Shishas bereitstellen.

Nach einer Studie der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung rauchen 14 Prozent der Jugendlichen in Deutschland mindestens ein Mal im Monat Wasserpfeife. Kritiker wie Gesundheitsexperten sprechen bereits von einer Einstiegsdroge und vergleichen den Trend mit Alcopops.

Dem widersprechen Karsten Möller und Birgit Meyer vehement: „Wir haben keinen Gedanken daran verschwendet, andere Drogen zu probieren.“ Außerdem

erscheine es für sie fragwürdig, ob die aktuelle Null-Toleranz-Politik des Staates pädagogisch sinnvoll sei: Mit der Folge von Protesthaltung und „heimlichem“ Treiben der Jugendlichen.

Auch das Rauchverbot unter 18 Jahren in der Öffentlichkeit könnte sich so als kontraproduktiv erweisen. Es ist ein Rückfall in die Verbotspädagogik der „vor 68er Generation“ und ist eine Wiederauflage der gescheiterten Drogenpolitik, die zu Ausgrenzung und „Nicht-Beratung“ geführt hat. Viele Raucher werden schließlich gesund, alt und weise, weil sie einen maßvollen, kontrollierten Konsum praktizieren. Diese andere Möglichkeit von Lebensqualität wird so undiskutiert ins Abseits geschoben und könnte deshalb Auslöser für eine neue Protestkultur sein.

Kurz berichtet

1974: Regierung lehnte Verbote ab

„Keiner beabsichtigt, mündige Bürger zu gängeln und gesundheitsgerechtes Verhalten durch Gesetze oder Auflagen zu erzwingen. (...) Die Maßnahmen werden ausgewogen sein müssen.“

Sie sollen auf dirigistische Eingriffe verzichten und das eigenverantwortliche Handeln stärken. Sie sollen überzeugen, nicht Zwang ausüben.“

So antwortet 1974 die Bundesregierung unter Helmut Schmidt auf eine kleine Anfrage, ob man

Rauchverbote erlassen sollte. Ein Verbot lasse keinesfalls Raucher zu Nichtrauchern werden. „Mit Sicherheit würde sich bei einer derartigen Prohibition wieder ein schwarzer Markt bilden, zusätzlich würde auf Tabakersatzstoffe ausgewichen. Das Verbot ist keine Lösung!“

Die Politiker von heute haben dies vergessen ... Das Feindbild vom Gesundheitsgegner - Raucher - ist zum ideologischen Motor für den Gesundheitswahn geworden.

Zukunft: Qualm wird abgesaugt

Technisch kein Problem: Luft wie im Operationsaal in Gaststätten... Die FDP in Schleswig-Holstein bringt die Sache auf den Punkt und fordert als Ergänzung zum Gesetzesentwurf Ausnahmen für Gaststätten mit guter Lüftungstechnik. Obwohl bis heute in keiner Kneipe oder Diskothek Grenzen überschritten wurden, so könnte man ohne Probleme die Luft noch besser machen - und Raucher und Nichtraucher könnten zusammensitzen. Das Angebot ist vielfältig von speziellen Lüftungsanlagen für Gaststätten bis zur mobilen Raucherinsel.



Dieser mobile Raucherschirm findet viele Freunde.

Mehr Infos:
<http://www.casadron.de/>
<http://www.seton.de/>
<http://www.technischer-nicht-raucherschutz.de/>

Horrorbilder machen krank

Die Antiraucherpropaganda macht Menschen krank. Das Prinzip funktioniert wie NLP (Neurolinguistische Programmierung): Indem einem eingehämmert wird, man sei süchtig und tödlichen Krankheiten geweiht, stellen Geist und Körper sich darauf ein. Sehr schnell glaubt man, dass man abhängig ist und ein erhöhtes Krebsrisiko hat. Durch den konstruktivistischen Placebo-Effekt wird man

wirklich abhängig und erhöht tatsächlich sein Krebsrisiko, nicht zuletzt weil das Immunsystem und das psychische Wohlbefinden durch die ständige unterschwellige Angst beeinträchtigt werden. Es gibt Raucher, die sich dergestalt konditioniert haben, dass sie schon Lungenzwicken kriegen, sobald sie an eine Zigarette denken. Die geplanten Horrorbilder auf Zigarettenschachteln treiben es auf die Spitze.



Guido Westerwelle (FDP): Schwul, mutig, tolerant: Unterstützt den liberalen Kurs der Wirte. „Wir sind für die Verfassungsklage: Überzeugungsarbeit statt Verbote.“



Günther Grass, Schriftsteller: „Wenn auf der nächsten Buchmesse ein totales Rauchverbot herrschen sollte, gehe ich da nicht mehr hin, denn ich brauche meine Pfeife.“



Keith Richards, Musiker: Raucht bei den Ausfahrten der Rolling Stones in letzter Zeit provokativ auf der Bühne: „Was soll der Scheiß mit den Rauchverboten.“



Joe Jackson, Musiker: „Die Antiraucherhysterie hat in USA und UK viel Schaden angerichtet. Rauchverbote sind böswillig, spalterisch, antidemokratisch und verlogen.“



David Hockney, Maler: „Rauchen fördert meine geistige Gesundheit. Die beruhigende Wirkung ist mir allemal lieber, als die von pharmazeuthischen Produkten.“



Rudi Assauer, Ex-Fußballmanager und Botschafter des kultivierten Rauchgenusses, genießt pro Tag bis zu fünf Zigarren: „Wo ich nicht rauchen darf, gehe ich nicht hin.“

Als nächstes sind die Dicken dran

Vorurteile werden ausgenutzt: Für den Staat ist das Privatleben längst kein tabu mehr

Rauchen Sie? Trinken Sie? Haben Sie „Übergewicht“?

Damit muss jetzt Schluss sein, sagt die Bundesregierung. Tabak ist böse, Alkohol auch, und nicht zu vergessen: Fett, Salz und Zucker. Politik und Medien stimmen in den Chor der Gouvernanten ein: Wir wissen, was gut für euch ist. Und wehe, ihr wollt euch weiter mit Bier, Kartoffelchips und Kippe vor die Glotze setzen. Dann setzt es was. Verbote, Preiserhöhungen, Diffamierungen, Knüttel aus dem Sack.

Erst waren es die Raucher, die als Stinker, Vergifter, Schmarotzer, Asoziale ausgegrenzt wurden, nun trifft die Dicken das gleiche Schicksal. Das Ziel wechselt, die Waffen nicht. Es ist erstaunlich, aber andererseits logisch, dass die altbekannten Parolen, die gegen die Raucher so gute Dienste leisteten, völlig unverändert übernommen werden. Sie sind austauschbar. Primitivste Instinkte und Vorurteile werden ausgenutzt: „Die Unterschicht“, „die Ausländer“ und die „die Jugend“ essen, was das Zeug hält: nach Ansicht unserer selbsternannten Gesundheits- und Moralapostel natürlich zu fett, zu süß und zu viel. Schön, dass eine da ist, die für uns denken und uns lenken will: Super-Nanny für Erwachsene, der Gouvernantenstaat in Reinkultur, wie wir ihn aus Ami-Land kennen und lieben. Die Bundesregierung hat dementsprechend einen Plan mit dem herabwürdigenden Slogan „Fit statt Fett“ ins Leben gerufen. Der Verbraucherbevollmächtigungsminister Horst Seehofer ist



„Fit statt Fett“: So nennt Gesundheitsminister Horst Seehofer die neue Aktion der Bundesregierung.

mit Rauchergängelung eben nicht ausgelastet und hat den ‚Übergewichtigen‘ den Kampf angesagt. Vor kurzem sehnte er sich öffentlich gar in die Trümmerzeit nach dem Zweiten Weltkrieg zurück, als die Menschen wegen Nahrungsmangel schlanker waren.

Zuerst soll man es freiwillig versuchen, doch das kennen wir ja: ‚Freiwillige‘ Vereinbarungen, die unter Drohungen abgepresst werden, dienen nur als Alibi, um gesetzlichen Zwangsmaßnahmen den Weg zu bahnen. Und dann

wird regiert und reglementiert: Nicht Eltern dürfen bestimmen, was ihre Kinder essen, sondern Kindergarten und Schule regeln, was akzeptabel ist. Wer die Kauf-, Ess- und Raucharweisungen nicht befolgt, wird mit Steuern bestraft. Händler und Wirte dürfen den Kundenwünschen nicht mehr nachkommen, weil die Bürger als unfähig angesehen werden, die elementarsten Lebensentscheidungen selbst zu fällen. Und weil die Raucher und die Dicken als Feindbilder

nicht genügen, gerät der Alkohol zunehmend ins Fadenkreuz. Auf einmal wimmelt es in der öffentlichen Debatte nur so von Koma-Säufern. Obwohl nur ein Todesfall zu beklagen ist, genau wie beim Berlin-Marathon letztes Jahr, der deshalb auch nicht verboten wird.

Dass der Alkoholkonsum unter Jugendlichen seit Jahren rückläufig ist, stört niemanden. Hauptsache, die Puritaner vom Dienst können sich in ihrer Regulierungswut überschlagen.

Nach den Rauchverboten zum „Nichtraucherschutz“ kommt die Fettsteuer als Beitrag zum „Nichtdickenschutz“ und die Trockenlegung im Dienste des „Nichttrinkerschutzes“. Die deutsche Gaststätte wird zur amerikanischen Sonntagsschule.

In England werden die Schüler mittags in der Schule eingeschlossen, sie könnten dann ihr Geld nicht mehr für Fast-Food außerhalb der Schule ausgeben, heißt es aus den Plänen von Bildungsexperten.

Spanien und Dänemark liberal

Während in **Spanien** bis 100 Quadratmeter und **Dänemark** für kleine Kneipen bis 40 Quadratmeter Wahlfreiheit besteht, ist im übrigen Ausland mit rigorosen Gesetzen schon großer Schaden entstanden. In **Irland** (totales Rauchverbot seit 2004) musste die Gastronomiebranche Umsatzeinbußen von 16 Prozent verzeichnen. Seit März wurden über 1000 Pubs geschlossen, im Großraum **Dublin** gingen 2.000 Arbeitsplätze verloren, im übrigen Land 7.600. Zulieferer verzeichneten Umsatzverluste von 15-25 Prozent.

In **Schottland** (totales Rauchverbot seit 2006) kam es in Gaststätten zu 11 Prozent Umsatzeinbußen bei Getränken und drei Prozent bei Mahlzeiten. Der Gästerückgang in Kneipen liegt bei 14 Prozent, mehr als ein Drittel der Betriebe musste Personal entlassen.

In **Norwegen** (totales Rauchverbot seit 2004) gingen die Bierabsätze um 6 Prozent zurück.

In **New York** (totales Rauchverbot seit 2003) sind 2.000 Arbeitsplätze in der Gastronomie und 650 bei Zulieferern verloren gegangen.

In **Kanada** (totales Rauchverbot seit 2004) haben die Kneipen im Schnitt 20 Prozent ihres Umsatzes eingebüßt.

In **Südtirol** (totales Rauchverbot seit 2005) betragen die Umsatzrückgänge in der Gastronomie 15 bis 20 Prozent.

In **England** (totales Rauchverbot seit Juli 2007) sind die Umsätze in Kneipen um rund 20 Prozent gefallen, mindestens 1.000 Pubs stehen vor der Schließung.

Totale Rauchverbote gefährden Einnahmesituation und Arbeitsplätze in der Gastronomie. Nicht nur weniger Raucher/-innen besuchen die Gaststätten seltener bzw. geben dort weniger aus, dies gilt auch für ihre nichtrauchenden Freund/-innen und Begleitungen. Hierbei ist nach Art und Lage des Gastronomiebetriebes zu differenzieren: Kneipen sind stärker betroffen als Restaurants, manche Regionen mehr als andere.

Fest steht: Je strikter ein gesetzliches Rauchverbot, desto gefährdeter nicht nur die Freiheit von Millionen rauchender Kund/-innen, sondern auch die wirtschaftliche Entwicklung der Branche.

Herausgeber:

Hotel- und Gaststättenverband DEHOGA Kiel.
Hamburger Ch. 349,
24113 Kiel, V.i.S.d.P.
für den Kreisverband:
Peter Meincke.
Kontakt und Bestellungen:
www.dehoga-kiel.de/toleranz

Download erwünscht, Selbstdruck vom Extrablatt mit Genehmigung möglich.

Redaktion:

Extrablatt24

Wirte, Hotelliers, Freunde! Wehrt Euch! Jetzt, wo die Gesetze in einigen Bundesländern schon da sind, geht es richtig los: Verteilt das Extrablatt wie Eure Getränkekarten – bei uns ist das Volk! Nehmt Kontakt auf mit den regionalen Initiativen zur Organisation von Volksbegehren oder Verfassungsklagen. Ruft an, wenn Ihr Rat oder Extrablätter benötigt.
Hotline: 0431/31724.
Kontakt: info@extra-blatt24.de

Gegen Bevormundung der Wirte

Immerhin ein großer Zigarettenhersteller stellt sich öffentlich auf die Seite der Raucher:

Die Hamburger Reemtsma Cigarettenfabriken GmbH, Nummer Drei auf dem deutschen Zigarettenmarkt. Nach Postkartenaktionen für Wahlfreiheit in der Gastronomie, die in Berlin („Ich bin Raucher und das ist gut so!“), Stuttgart und Hamburg verteilt wurden und dem Plakat „Für nicht so streng mit Raucher sein“ hat das Unternehmen die Website www.toleranz-fuer-raucher.de eingerichtet - mit Gewinnspiel.

Dort befinden sich spezielle Informationen für Wirte, sogar die Gesetzentwürfe aus den einzelnen Bundesländern, ein Forum zum Mitmachen und Online-Formulare für Protestmails.



Über den politischen Irrweg einer ganzen Generation ISBN 3832179313

Bundesweit wächst der Widerstand

Die Hände in den Schoß legen und zuschauen, während man durch Verbote der Lebenslust oder gar der Existenz beraubt wird? Von wegen! Extrablatt präsentiert ausgewählte Protestaktionen und engagierte Akteure. Im Internet findet man eine Linksammlung zu „Gemeinsam gegen Rauchverbote“ unter www.netzwerk-rauchen.eu

Das Volk befragen:

Hamburger Rauchrebell

Eine Vielzahl Hamburger Wirte um den Inhaber der Traditionskneipe „Goldbeker“, Peter Engels, haben innerhalb weniger Wochen über 10.000 Unterschriften für eine Volksinitiative gesammelt. Ihr Ziel: das schon verabschiedete Hamburger Rauchverbotsgesetz zu Fall bringen.

www.goldbeker.de/

Entscheidung vor Gericht:

Sammelklage Baden-Württemberg

Von Anfang an entschlossener als ihr DEHOGA-Landesverband engagieren sich Baden-Württemberger Wirte um die Betreiber der Mannheimer Gaststätte „Catweazle“, Brigitte Defiebre und Wolfgang Stengel, für eine Verfassungsbeschwerde gegen das Rauchverbotsgesetz. Innerhalb weniger Woche konnten so über 30.000 € Spenden gesammelt werden, mit denen kompetenter Rechtsbeistand bezahlt und weitere Kosten abgedeckt werden können.

www.sammelklage-rauchverbot.de

Aktion und Information: Netzwerk Rauchen

Die führende Bundesvereinigung gegen die Diskriminierung der Raucher ist von der Tabak-



wirtschaft unabhängig. Neben ihren Publikationen, die die Behauptungen von der Gefährlichkeit des Umgebungsrauchs als Manipulationen entlarven, hat das Netzwerk Mitmach-Aktionen gestartet: Unter dem Motto „Protest ProRauch“ können auf der Website Mails an die Parlamente geschickt und Unterschriftenlisten gegen Rauchverbote in der Gastronomie heruntergeladen werden.

Für NRW hat Netzwerk Rauchen über 10.000 Unterschriften gesammelt.

www.netzwerk-rauchen.de
forum.netzwerk-rauchen.de

Gegen Kneipentod: Initiative aus Garbsen

„Rauchverbot ist Kneipentod“ heißt der Slogan einer Wirteinitiative aus Niedersachsen um das Betreiberpaar des Garbsener Melody Beer House, Birgitt Bartram-Dutschek und Frank Bartram. Sie organisieren Protest vor Ort und sammeln niedersachsenweit Unterschriften gegen das am 1. August in Kraft getretene gesetzliche Rauchverbot.

Unter „Wirteprotest“ auf www.netzwerk-rauchen.de

Rote Karte dem Verbotswahn: MUT

Die Mittelständischen Unternehmen der Tabakwirtschaft (MUT) sind ein freies Netzwerk von engagierten Händlern und Importeuren. Sie haben die Initiative „22 Mio. Tabakfreunde“ ins Leben gerufen, rote Postkarten gegen absolute Rauchverbote in Gaststätten verteilt und weisen auf Irreführungen bei der Passivrauch-Argumentation hin.

www.feinstaub-blabla.de
www.mut-tabak.de

DEHOGA-Toleranzaktion: Extrablatt-Herausgeber in Schleswig-Holstein

Materialien zur Aktion www.dehoga-kiel.de/toleranz